
"Maßnahmeplan" zur Zersetzung, Verunsicherung und Auflösung der AG Staatsbürgerschaftsrecht

Im Vorfeld der "Kampfdemonstration" am 17. Januar 1988 anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg machte ein Zusammenschluss von Ausreisewilligen mit einer Erklärung zum Tag der Menschenrechte auf sich aufmerksam. Die Stasi reagierte mit einem "Maßnahmeplan" zur Zersetzung der AG Staatsbürgerschaftsrecht.

Am 17. Januar 1988 fand anlässlich des 69. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die alljährliche "Kampfdemonstration" in Ost-Berlin statt. An der Veranstaltung, an der traditionell die Partei- und Staatsführung teilnahm, beteiligten sich nach Angaben des Neuen Deutschland "über 200.000" Menschen.

Teilzunehmen beabsichtigten auch über hundert Angehörige unabhängiger Menschenrechtsgruppen und Ausreisewillige. Ihre Transparente waren mit Luxemburg-Zitaten beschriftet wie "Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden" und "Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesseln nicht". Bürgerrechtler forderten politischen Wandel in der DDR, Ausreisewillige, die ihren bislang erfolglosen Ausreiseantrag durchsetzen wollten, demonstrierten für das Recht auf Freizügigkeit.

Etliche Bürgerrechtsaktivistinnen und -aktivisten waren seit September 1987 in der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR" organisiert, die Rechtsberatungen für Ausreisewillige durchführte. Sie hatte am 10. Dezember 1987 mit einer Erklärung zum Tag der Menschenrechte auf sich aufmerksam gemacht. Seitdem verstärkte die Stasi ihr Vorgehen gegen Ausreisewillige noch einmal.

Die Arbeitsgruppe existierte noch nicht sehr lange, war der Staatssicherheit aber von Anfang an ein Ärgernis. Im vorliegenden "Maßnahmeplan" fasste die Staatssicherheit Stasi zusammen, wie sie gegen die Gruppe vorzugehen gedachte: Sowohl mit der Bewilligung, wie auch mit der Verweigerung von Übersiedlungsanträgen wurden unterschiedliche Vorgehensweisen zur Spaltung und Entmutigung der Gruppe gewählt. Da die Ausreisewilligen nach Meinung der Stasi ihre Aktivitäten unter dem Deckmantel der Kirche planten und koordinierten, sah der Plan auch Gespräche mit der Kirchenleitung vor.

Signatur: BStU, MfS, HA IX, Nr. 9665, Bl. 89-90

Metadaten

Datum: 18.12.1987

"Maßnahmeplan" zur Zersetzung, Verunsicherung und Auflösung der AG Staatsbürgerschaftsrecht

Berlin, 18. Dezember 1987

BSiU
000089

M a ß n a h m e p l a n
zur politisch-operativen Zersetzung, Verunsicherung und Auflösung
der Gruppierung von feindlich-negativen Übersiedlungersuchenden
mit der Bezeichnung Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR"

Unter Beachtung bisher erkannter Aktivitäten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, des Umweltkomitees und anderer dem politischen Untergrund zuzuordnenden Kräfte muß eingeschätzt werden, daß es sich bei allen Aktivitäten um eine konzertierte Aktion dieser Kräfte unter dem Deckmantel der Kirche handelt.

Zur vorbeugenden Verhinderung weiterer Aktivitäten der Arbeitsgruppe "Staatsbürgerschaftsrecht der DDR", ihres weiteren Zusammenschlusses, der kurzfristigen Zersetzung, der Isolierung Einzelner, der Zerschlagung sowie der Vorbeugung des Zusammenschlusses mit anderen feindlich-negativen Gruppierungen werden in Abstimmung mit den Leitern der Hauptabteilungen IX und XX und dem Leiter der BV Berlin folgende differenzierte politisch-operative Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Durch die zuständigen staatlichen Organe der DDR wird die Leitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg informiert und aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß künftig derartige feindlich-negative Zusammenschlüsse und deren Wirken in kirchlichen Einrichtungen und Räumlichkeiten wirksam unterbunden werden.
2. Fortführung der eingeleiteten politisch-operativen Maßnahmen zur Aufklärung der personellen Zusammensetzung, Struktur und Initiatoren der Gruppe und ihrer bestehenden Verbindungen zu Feindorganisationen und feindlichen Kräften im Operationsgebiet.
Durch alle zuständigen Dienstseinheiten sind sofort geeignete Kontrollmaßnahmen einzuleiten, um die Wirksamkeit der offensiven Maßnahmen der Zersetzung und Verunsicherung einschätzen zu können.
3. Mit dem Ziel der Verunsicherung werden einzelne ausgewählte Übersiedlungersuchende, insbesondere die Initiatoren des provokatorischen Schreibens und Organisatoren der Gruppierung kurzfristig nach der BRD bzw. Berlin/West übersiedelt.

Zur Erarbeitung weiterer Informationen über die Hintergründe und weiteren Zusammenhänge werden unmittelbar vor der Übersiedlung mit geeigneten Personen Gespräche unter Einbeziehung von Mitarbeitern der Hauptabteilung IX durchgeführt.

"Maßnahmeplan" zur Zersetzung, Verunsicherung und Auflösung der AG Staatsbürgerschaftsrecht

BSU 000090 2

4. Entsprechend der Verfügung Nr. 143/83 des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR werden mit einzelnen Übersiedlungsersuchenden differenzierte Aussprachen mit dem Ziel ihrer Disziplinierung und Zurückdrängung der Übersiedlungsersuchen geführt:

- durch den Kreis- bzw. Stadtbezirksarzt mit Gruppenmitgliedern, die der medizinischen Intelligenz bzw. dem mittleren medizinischen und medizinisch-technischen Personal angehören;
- durch die zuständigen staatlichen Leiter mit den Angehörigen der technischen Intelligenz, insbesondere in den der Akademie der Wissenschaften unterstellten Einrichtungen;
- durch weitere Funktionäre in den Betrieben und Einrichtungen sowie geeignete gesellschaftliche Kräfte.

5. Analoge Aussprachen durch die territorial zuständigen Bereiche Innere Angelegenheiten, unter Einbeziehung operativer Mitarbeiter der zuständigen Dienstseinheiten, werden mit folgenden Zielstellungen durchgeführt:

- Herbeiführung weiterer Entscheidungen zu Übersiedlungen;
- Aussprechen demonstrativer Ablehnungen der Übersiedlung unter Bezugnahme auf die ungesetzlichen Aktivitäten;
- Erreichen einer nachhaltigen Disziplinierung;

Die Aussprachen werden insbesondere mit ausgewählten Personen der Gruppierung, die in den Bezirken wohnhaft sind;

- einzelnen ausgewählten Mitgliedern der Gruppierung aus Berlin, insbesondere die als Kontaktadressen angegebenen Personen;
- Personen bei denen Hinweise auf Verbindungen zur IGfM vorliegen, geführt.

6. Zur Vertiefung der Maßnahmen der Verunsicherung und Zersetzung werden mit einzelnen Übersiedlungsersuchenden bewußt keine Gespräche geführt.

7. Im Ergebnis der Reaktion auf diese Maßnahmen sowie unter Beachtung weiterer strafatverdächtiger Handlungen nicht-disziplinierbarer Übersiedlungsersuchender werden nach dem 09. 01. 1988 durch die Hauptabteilung IX Verdachtsprüfungen gemäß § 95 StPO mit dem Ziel der Einleitung ordnungsrechtlicher Maßnahmen durchgeführt.